

Familien gehören besser unterstützt

Nachwahlbefragung Die Liechtensteiner Bevölkerung hat grösstes Interesse daran, dass bei der Förderung von Familien Fortschritte erzielt werden. Das zeigt die Studie des Liechtenstein-Instituts deutlich.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

«Mit einer Ablehnung dieser Initiative droht ein Stillstand», hörte man des Öfteren im Abstimmungskampf rund um die Wirtschaftskammer-Initiative zum Familienzulagengesetz (FZG). Geht es nach der Bevölkerung, kommt das nicht in die Tüte. Zu diesem Schluss gelangt die Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts. «Das Nein an der Urne zur Landtagsvorlage über die Abänderung des Gesetzes über Familienzulagen ist nicht mit einer Ablehnung eines weiteren Ausbaus der ausserhäuslichen Kinderbetreuung gleichzusetzen. Im Gegenteil wünscht eine grosse Mehrheit der Befragten einen weiteren Ausbau», erklärt Studienautor Wilfried Marxer. Rund drei Viertel der Befragten votieren zudem für eine stärkere staatliche Unterstützung für die Kinderbetreuung zu Hause. 78 Prozent aller Befragten finden, dass auch andere ausserhäusliche Betreuungsformen wie Spielgruppen oder Tagesmütter stärker gefördert werden sollten, nicht nur die Kitas.

Bevölkerung will weniger Staat und mehr privat

Interessant ist die Beobachtung, dass die meisten, welche die Initiative befürworteten, über ein höheres Haushaltseinkommen verfügen. Knapp ein Drittel der



Die Umfrage des Liechtenstein-Instituts zeigt, dass sich die Liechtensteiner Bevölkerung bei der Familienförderung wünschen. Bild: iStock

Befragten, die über ein monatliches Einkommen von mehr als 11 000 Franken verfügen, hätten den Vorstoss der Wirtschaftskammer begrüsst. Bei den unteren und mittleren Einkommen waren es nur um knapp die Hälfte, welche ein Ja in die Urne warfen.

Demgegenüber fanden 72 Prozent der Befragten, dass die Vorlage zu stark auf die Interessen der Wirtschaft zugeschnitten war. Besonders stark (83 Prozent) wird diese Meinung von denjenigen

vertreten, die die Vorlage abgelehnt haben. Bei den Zustimmenden verteilen sich die Meinungen stärker: 47 Prozent finden, die Vorlage sei zu wirtschaftsfreundlich gewesen, 50 Prozent sind nicht dieser Meinung. Eine besonders liberale Haltung des Stimmvolkes findet sich in der Umfrage zu staatlichen Eingriffen. Es wurde die Frage gestellt, ob man mehr Staatseingriffe in die Wirtschaft favorisiert oder mehr Wettbewerb auf dem Markt. Insgesamt tendie-

ren mehr als zwei Drittel der Befragten zu Wettbewerb und Markt, nur 16 Prozent favorisieren mehr Staatseingriffe.

Zeitungen weiter wichtige Meinungsmacher

«Besonders ausgeprägt ist das Votum für Wettbewerb bei den Ablehnenden der FZG-Vorlage, während die Zustimmenden deutlich öfter als die Ablehnenden der FZG-Vorlage Staatseingriffe befürworten, wenngleich auch sie

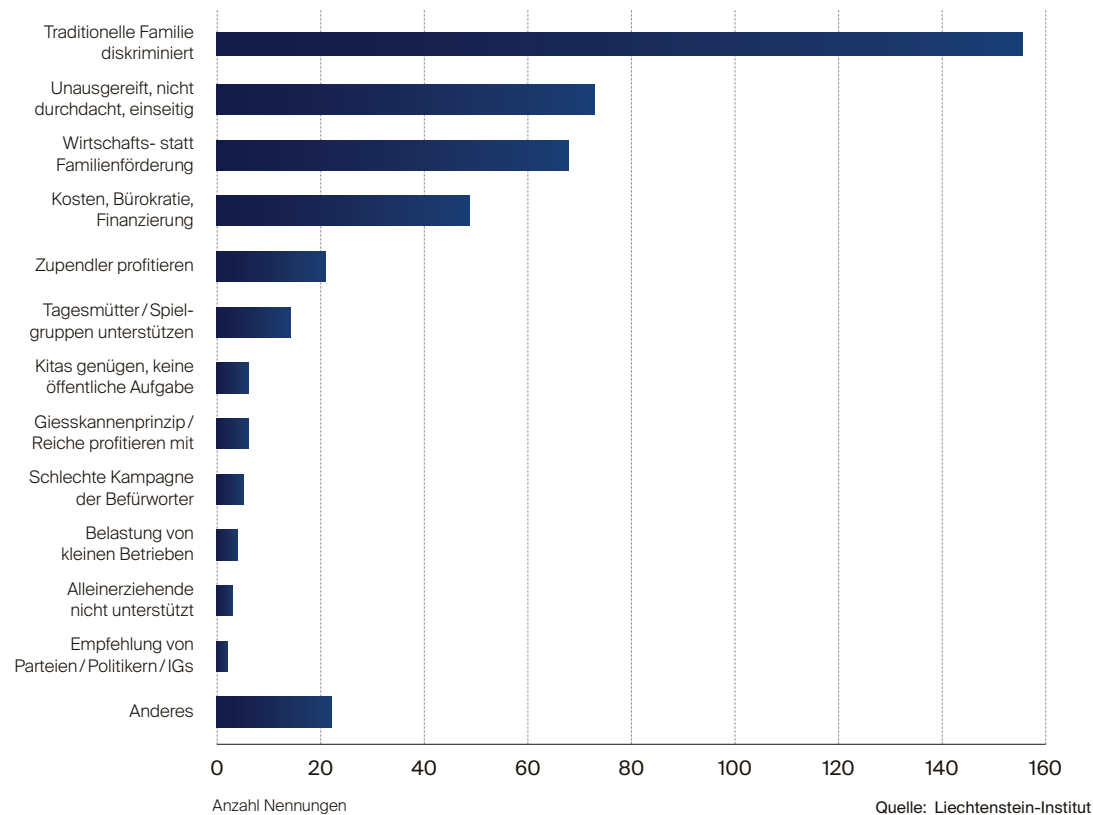
Markt und Wettbewerb bevorzugen», heisst es in der Studie. Bei der Frage nach der Meinungsbildung dürfen sich die Zeitungsmacher freuen. Persönliche Gespräche und Beiträge in den Landeszeitungen werden von den Befragten als am wichtigsten für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung eingestuft. Es folgen die Leserbriefe und die Abstimmungsbroschüre der Regierung (s. Grafik unten). 81 Prozent der Befürworter und 75 Prozent

der Gegner gaben an, dass für sie persönliche Gespräche das wichtigste Informationsmittel waren, um sich eine Meinung zu bilden. Die Beiträge in den Landeszeitungen werden von gut zwei Drittel der zustimmenden und drei Viertel der ablehnenden Befragten als «eher wichtiges» Informationsmittel angesehen. Die Leserbriefe darin – vor allem die Initiativgegner führten ihre Kampagne vor allem in den Leserbriefspalten – waren für 37 Prozent der Befürworter und 53 Prozent der Gegner für den Meinungsbildungsprozess eher wichtig. In dieser Statistik schneiden Radio L, die Infos aus dem Internet sowie 1FLTV eher schwach ab. Die Werte erreichen gerade einmal zwischen 14 und 27 Prozent.

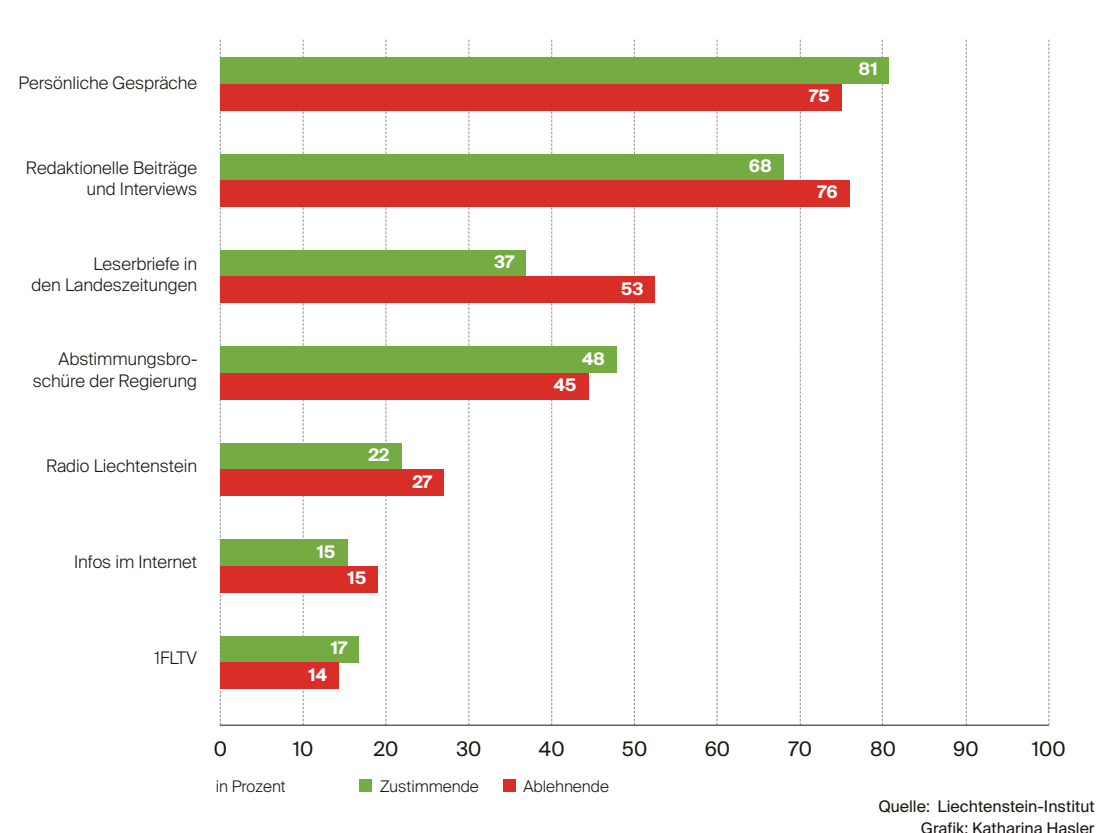
Bei den Befragten wurde auch ermittelt, wie es bei ihnen um das Vertrauen in die politischen und/oder staatlichen Institutionen bestellt ist. Die Ablehnung der Vorlage kann demnach mit einem mangelnden Vertrauen in die politischen Institutionen erklärt werden. Insgesamt ist das Vertrauen in die Institutionen in Liechtenstein relativ hoch. Generell schneiden hier die Gerichte und das Fürstenhaus am besten ab, etwas weniger Vertrauen geniessen Regierung, Landtag und Parteien.

Detaillierten Ergebnisse der Studie:
www.liechtenstein-institut.li

Gründe für Ablehnung der Initiativvorlage «Familie und Beruf»: Diskriminierung der traditionellen Familie war ein zentrales Motiv für ein Nein an der Urne



Informationsmittel als «eher wichtig» eingestuft: Zeitungen und Leserbriefe bei den meisten wichtiger als die Informationsbroschüre der Regierung



Kommentar

Nützliche Studie für das Selbstbild der Parteien

Die Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts hat gezeigt, dass es bei den Koalitionsparteien Luft nach oben gibt. Nur gerade 10 Prozent der Befragten, die zugeben, der FDP nahezustehen, haben angegeben, deren Abstimmungsparole angewandt zu haben. Von wegen «wir haben das Ohr eher am Volk als die VU». Bei der VU waren es 16 Prozent. Selbstverständlich

auch kein Ruhmesblatt. Da haben die Oppositionellen den Regierenden einiges voraus: Bei den Sympathisanten der Freien Liste warfen 69 Prozent ein Ja und bei den Unabhängigen 95 Prozent ein Nein in die Urne. Man könnte zwar relativierend behaupten, dass es sich hier um eine Sachabstimmung gehandelt hat. Man könnte auch sagen, dass man keiner Statistik trauen soll, die man nicht selbst

gefälscht hat. Allerdings sollte man sich Fragen stellen, wenn die eigene Parole nicht einmal ein Fünftel der «Parteinahen» erreicht. Die Nachwahlbefragung kann man als Anleitung für den kommenden Wahlkampf dankend aufnehmen und versuchen, das Ohr wirklich vermehrt zum Volk hin zu wenden. Nicht nur was die physische Präsenz angeht, sondern auch was die politischen Inhalte

betrifft. Die Studie zeigt eindrücklich auf, dass die Bevölkerung in diesem Land besonders sozial und ziemlich liberal eingestellt ist. Die Befragten sind kritisch, wenn es um eine einseitige Bevorzugung der Wirtschaft zulasten der Bürger geht. Eine Partei hat sich bei ihrer Gründung besonders dieser Einstellung verschrieben. Sie hat es immer wieder geschafft, verschiedene Interessen unter

einen Hut zu bringen. Deshalb ruhen auf ihr nun auch hohe Erwartungen.



Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

FÜR JEDES PROBLEM
DIE RICHTIGE LÖSUNG.
www.sprengerag.li
Tel. +423 373 24 79



PROMPTER SERVICE
ROLLADEN+BESCHATTUNG